

## Politische Berichte aus aktuellem Anlass

### Brennpunkt: Pakistan (34-2014)



*Zwei Terrorschläge treffen Pakistan, aber nur einer davon erregt internationales Aufsehen. Dabei sind beide bezeichnend für die derzeitige Abwärtsspirale pakistanischer Staatlichkeit.*

### Zwei Terrorschläge, ein Problem

Zehn Taliban griffen am Samstag den Internationalen Flughafen Karatschi an. Die Sicherheitskräfte konnten in einem mehrstündigen Feuergefecht sieben Angreifer töten, drei sprengten sich selbst in die Luft. Zudem starben über 30 Soldaten, Polizisten und ziviles Sicherheitspersonal. Dieser Angriff auf das wirtschaftliche Zentrum Karatschi ist seit Jahren der schwerwiegendste Terrorschlag, der den Taliban gelungen ist.

Damit ist der monatelange Dialogversuch der Regierung von Nawaz Sharif mit den Taliban im Prinzip gescheitert. Er entbehrte ohnehin jeder Grundlage, denn nach Auffassung der Extremisten handelt es sich in Hinblick auf Pakistan um ein illegitime Führung und einen nicht souveränen Staat, da beides nur von Gott kommen kann. Ein Talibansprecher sagte, die Gespräche seien für die Regierung ohnehin nur ein "Mittel der Kriegsführung" gewesen. Mehr noch scheitert damit "Taliban Khan", der Politiker und Ex-Cricketstar Imran Khan, der nicht nur im Wahlkampf auf Verhandlungen mit den Taliban setzt. Die Schuld für die Terrorattacke schob er in einem Tweet auf das "Versagen der *Nationalen Anti-Terrorismus Politik* der Regierung".



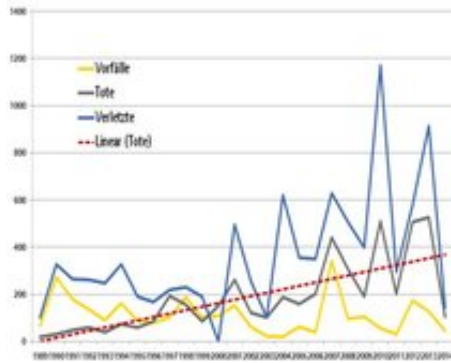
Olaf Kellerhoff

Nun wächst in Pakistan die Zustimmung zu einer Bodenoffensive in Nordwaziristan, einem Rückzugsgebiet der Taliban und zudem Heimat paschtunischer Stämme wie den Mehsud. Diese hatten eine Führungsrolle in der Extremistenbewegung inne, bevor sie sich letzten Monat von den Taliban losgesagt haben. Der jetzige Anschlag gilt nichtsdestotrotz als Racheaktion für den Tod des ehemaligen Taliban-Führers Hakimullah Mehsud durch eine US-Drohne im November 2013.

Bislang war das Militär zögerlich, in die Gebirgsregion Nordwaziristan einzumarschieren, da damit nicht nur ein blutiger Guerillakrieg im schwierigen Gelände, sondern auch Racheaktionen in sensiblen urbanen Zentren zu befürchten sind – wie jetzt dem Flughafen Karatschi. Die Vereinigten Staaten üben seit Jahren Druck aus, um die pakistanische Armee zu einer Offensive und zur Kontrolle der Stammesgebiete zu bewegen. Nun jedoch scheint sie zu diesem Schritt bereit, Premierminister Sharif setzt vorerst aber weiterhin auf Verhandlungen und auch auf die Stammesführer. Diese haben jetzt 15 Tage Zeit, islamistische Kämpfer zu vertreiben. Selbst wenn es ihnen gelingen sollte – die Chancen sind tatsächlich seit

2001 nie besser gewesen, da gezielte Armeeoperationen die Taliban schwächten und diese sich derzeit selbst spalten und in Grabenkämpfen ermüden – entsteht dadurch keine Staatlichkeit. Stattdessen soll auf Wunsch der Regierung das jahrtausendealte *jirga*-System, ein beschlussfassender Rat von Stammesältesten, wiederhergestellt werden. Damit bleibt das Grundproblem mangelnder rechtsstaatlicher Strukturen bestehen – und damit der Lebensraum für jeden Terroristen.

Ein Einsatz gegen die Taliban erscheint angesichts des Rückzugs der internationalen Kräfte in Afghanistan umso notwendiger, da ein vermehrtes Einsickern von Kämpfern aus Afghanistan in Pakistans Provinzen befürchtet wird. Das heißt, Extremismus kann sich – mehr als es jetzt schon der Fall ist – in allen Landesteilen verstärkt ausbreiten.



Tendenziell steigend: Sektiererische Gewalt in Pakistan. Die Kurve müßte für 2014 (Daten nur bis 1. Juni 2014) nach dem Anschlag in Taftan nach oben korrigiert werden. Graphik: FNF-Regionalreferat Asien / Datenquelle: <http://www.satp.org/satporgtp/countries/pakistan/database/sect-killing.htm>

Die Stammesregion ist aber nur ein Teil des Problems. Karatschi selbst ist längst eine Taliban-Hochburg geworden. Diente ihnen das Wirtschaftszentrum Pakistans bis ungefähr 2011 als Rückzugs- und Rekrutierungszentrum, ist es nun auch Operationsgebiet. Nicht nur aufsehenerregende Fälle, wie der Angriff auf die Marinebasis Mehran im Mai 2011, als Taliban mehrere Aufklärungsflugzeuge zerstören konnten, sondern vor allem die Besetzung ganzer Stadtgebiete, in denen die Polizei keine Kontrolle mehr hat (mehr als zehn Prozent der Stadt), zeigen den schleichenden Verlust von Staatlichkeit. In der 18-Mio.-Metropole stiegen die Terrorangriffe um 90% im letzten Jahr, bei denen nach Aussage des FNF-Partners HUMAN RIGHTS COMMISSION OF PAKISTAN (HRCP) 3.251 Menschen starben – ein trauriger Rekord. Zwischen 10.000 und 15.000 radikale Islamisten sollen sich dort aufhalten. Die Versuche zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit werden, wenn überhaupt, nur halbherzig

unternommen.

Dies zeigt sich auch durch den zweiten Terroranschlag am Sonntag: Vier Extremisten griffen eine Gruppe von schiitischen Pilgern in Taftan an der iranischen Grenzen an. Dabei starben mindestens 23 Menschen. Die Terrorgruppe JAISH UL-ISLAM (arab.: Armee des Islam) soll dafür die Verantwortung übernommen haben. Sie zielt vor allem auf die schiitische Minderheit, ca. 15–20% der Bevölkerung. Allein in den letzten zwei Jahren kamen dabei mehr als 1.000 Schiiten ums Leben.

Anders als die Taliban und Waziristan genießen die Minderheiten des Landes keine internationale Aufmerksamkeit. Die zunehmenden Angriffe auf Schiiten, Ahmadis, Hindus, Christen etc. bleiben fast immer straflos. Hetzprediger werden selbst im Fernsehen nicht abgesetzt und verbotene Terrorgruppen können unbehelligt öffentlich auftreten. Auch hier ermutigt der Mangel an Rechtsstaatlichkeit Extremisten, *pen-à-pen* einen Staat und eine Gesellschaft nach ihren Wünschen zu formen – und zu selten tritt ihnen jemand entgegen.

**Olaf Kellerhoff** ist Leiter des FNF-Referates Asien und Menschenrechte in Potsdam.

## Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)

Bereich Internationale Politik  
Referat für Querschnittsaufgaben  
Karl-Marx-Straße 2  
D-14482 Potsdam

---

URL dieser Seite: <http://www.freiheit.org/Politische-Berichte-aus-aktuellem-Anlass/415c29835i1p/pm/index.html>